

KLIMAWANDEL, MIGRATION UND KONFLIKT – EIN UPDATE

Klimawandel, Migration und Konflikt

Ein Update

Juni 2026

Autor*innen:

Dr. Hildegard Bedarff

Gesellschaft für Umwelt-
und Entwicklungsforschung

Dr. Cord Jakobeit

Universität Hamburg, Fakultät für
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Fawad Durrani **Autor*innen** Dr. Hildegard Bedarff, Prof. Dr. Cord Jakobeit **Gestaltung** Daniel Müller **Stand** 06 / 2026

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
Verzeichnis der Boxen	4
1. Einleitung	5
2. Entwicklung und Trends bei Klimawandel, Migration und Konflikt	6
3. Afghanistan – Unfreiwillige Rückkehr in die humanitäre Krise	8
4. Demokratische Republik Kongo – Mehrfachvertreibungen und die Folgen drastischer Kürzungen	11
5. Rahmenbedingungen – weiter in die falsche Richtung	14
6. Fazit und Empfehlungen	16
Literaturverzeichnis	21
Endnoten	27

Abkürzungsverzeichnis

DAC	Development Assistance Committee (OECD)
DRK	Demokratische Republik Kongo
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GEAS	Gemeinsames Europäisches Asylsystem
IDMC	Internal Displacement Monitoring Centre
IGH	Internationaler Gerichtshof
IOM	International Organization for Migration
M23	Mouvement du 23 Mars (Rebellengruppe in der DRK)
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MONUSCO	United Nations Stabilization Mission in the Democratic Republic of Congo
NRC	Norwegian Refugee Council
NUPI	Norwegian Institute of International Affairs
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
UNDP	United Nations Development Programme
UNDRR	United Nations Office for Disaster Risk Reduction
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USAID	United States Agency for International Development
WHO	World Health Organization
WMO	World Meteorological Organization

Verzeichnis der Boxen

Box 1	Photovoltaik-Boom in Afrika größer als die Statistiken zeigen
Box 2	Rückzug aus einzelnen Hochrisikogebieten bald auch in Deutschland?
Box 3	Studierende aus pazifischen Inselstaaten geben Impuls für Klimagerechtigkeit

1. Einleitung

Mit der vorliegenden Studie, die erneut kurz vor dem Weltflüchtlingstag erscheint, liefern wir ein knappes Update unserer umfangreichen Studie zu Klimawandel, Migration und Konflikt aus dem Vorjahr.¹ Wir gehen nicht erneut ausführlich auf die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Migration und Konflikt ein. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Entwicklungen und Trends sich im Themenfeld Klimawandel, Migration und Konflikt in den letzten beiden Jahren als Kontinuität oder Veränderung sowie als Verbesserung oder Verschlechterung abgezeichnet haben und welche Schlussfolgerungen und Empfehlungen sich daraus ableiten lassen.

Im zweiten Kapitel werden die neuesten Zahlen zu Binnenvertriebenen und Flüchtlingen sowie zum Konfliktgeschehen aus den Jahren 2024 und 2025 präsentiert und eingeordnet. In den Kapiteln drei und vier folgen zwei Länderfallstudien zu Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo (DRK). In beiden Fällen treffen mehrere Entwicklungen zusammen, die für das Migrationsgeschehen im Globalen Süden von zentraler Bedeutung sind. Sowohl extreme Wetterereignisse als auch Krieg und Gewalt sind für eine dramatische humanitäre Lage verantwortlich und führen zu Vertreibungen. In beiden Fällen ist der Anteil an Binnenvertriebenen groß, und es gibt zugleich erzwungene Rückkehr bzw. Pushbacks in erheblichem Umfang. Der Norwegian Refugee Council (NRC) zählt beide Länder zur Gruppe der zehn am meisten vernachlässigten Fälle mit hohen Vertreibungszahlen, die bei weitem nicht die Menge an globaler Aufmerksamkeit und humanitärer Unterstützung bekommen, die sie dringend benötigen.²

Im fünften Kapitel beleuchten wir die Veränderungen bei den globalen Rahmenbedingungen, die es eigentlich bräuchte, um die Situation für die betroffenen Menschen nachhaltig zu verbessern. Im kurzen Schlussteil fassen wir die zentralen Ergebnisse zusammen und leiten daraus fünf Empfehlungen ab. Auch wenn z.T. dramatische Verschlechterungen bei weitem überwiegen, versuchen wir auch auf Verbesserungen hinzuweisen, die in den letzten beiden Jahren zu verzeichnen waren.



Studie Klimawandel, Migration und Konflikt, 2025

https://www.greenpeace.de/publikationen/Klimawandel_Migration_und_Konflikt.pdf

2. Entwicklungen und Trends bei Klimawandel, Migration und Konflikt

Der Zeitraum zwischen 2015 und 2025 umfasst die heißesten elf jemals erfassten Jahre.³ Mit dem deutlichen Anstieg der Durchschnittstemperaturen beeinflusst der menschengemachte Klimawandel viele extreme Wetterereignisse wie Hitze, Starkregen und Überschwemmungen in allen Regionen und Teilen der Welt - mit immer häufiger gravierenden Folgen für Mensch und Natur. Der Klimawandel erhöht die Häufigkeit und die Intensität von wetterbedingten Extremereignissen. Die WMO verweist in ihrem Globalen Klimabericht für das Jahr 2025 auf Extremereignisse wie die Trockenheit im Amazonas-Becken, die Waldbrände in Kalifornien Anfang 2025 mit über 30 Todesopfern und Rekordverlusten in Höhe von 60 Mrd. US-Dollar, die Hitzewellen in Portugal und Spanien von Juni bis August 2025, die Flutkatastrophen in mehreren afrikanischen Ländern (Nigeria, Demokratische Republik Kongo, Südafrika und Mozambique) mit mindestens 500 Todesopfern sowie auf die Opfer von Monsunfluten (Pakistan), zwei Zyklonen in Südostasien (Indonesien, Thailand) und Taifunen auf den Philippinen, Rekordhitze in Japan, Südkorea und China sowie Waldbränden in Südkorea.⁴ Im bisherigen Verlauf des Jahres 2026 setzt sich dieser Trend fort, der längst auch den Globalen Norden massiv betrifft. Das Spektrum reicht hier in Europa, das sich schneller erwärmt als der globale Durchschnitt, von den Überschwemmungen und extremen Regenfällen zu Beginn des Jahres bis zur Rekordhitze in weiten Teilen Westeuropas Ende Mai, bei der über 100 Todesopfer zu beklagen waren.⁵

Es gibt keine Veränderung bei der Feststellung, dass diejenigen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, als Hauptbetroffene am stärksten unter den Folgen zu leiden haben. Der Globale Süden ist von den häufigeren und intensiveren Extremereignissen sehr viel härter

betroffen als der Globale Norden.⁶ Die Weltbank schätzt, dass bereits rund ein Fünftel der Weltbevölkerung diesen klima- und wetterbedingten Hochrisiken ausgesetzt ist.⁷ Wo die Bedingungen prekär sind, wo es bereits Extremwetterereignisse und Vertreibungen gegeben hat, wo Häuser, Ökosysteme und Infrastrukturen bereits beschädigt oder zerstört wurden, steigt die Verwundbarkeit bei der nächsten Katastrophe stark an. Wenn diese Bedingungen in Regionen anzutreffen sind, die ohnehin bereits durch vorherige Vertreibungen und Gewaltkonflikte geschwächt sind, dann kumulieren die Belastungen und führen rascher in eine Abstiegs-kaskade, die durch mangelnde bzw. schwindende lokale Kapazitäten immer weniger gestoppt werden kann.⁸

Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, dass sich die Lage bei der Binnenvertreibung in den Entwicklungsländern im letzten Jahr entspannt hätte. Die neuen Zahlen aus dem Global Report on Internal Displacement des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) weisen bei der Gesamtzahl der Binnenvertriebenen erstmals seit zehn Jahren einen leichten Rückgang auf.⁹ Ihre Anzahl ist von 83,5 Mio. Menschen Ende 2024 auf 82,2 Mio. Ende 2025 gefallen. Die Momentaufnahme am Ende des Jahres führt jedoch leicht in die Irre. Wenn Menschen im Laufe des Jahres in ihre Heimat zurückkehren, in der Gefährdung und Risiko möglicherweise sogar gestiegen sind, dann kann die Momentaufnahme am Ende des Jahres eine trügerische Sicherheit bedeuten. Die Menschen tauchen nicht mehr in der Datenerfassung auf, aber an Prekarität, Fragilität, Exponiertheit und Verwundbarkeit hat sich wenig oder nichts geändert.

Von den 82,2 Mio. Menschen, die weltweit Ende 2025 als Binnenvertriebene erfasst wurden,

entfielen 13,6 Mio. auf Naturkatastrophen und wetterbedingte Extremereignisse, während 68,7 Mio. Menschen von Gewaltkonflikten vertrieben wurden. Im Vergleich zur Momentaufnahme Ende 2024 (73,6 Mio. durch Gewaltkonflikte und 9,9 Mio. durch Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse)¹⁰ sind die Vertreibungen durch Naturkatastrophen gestiegen, die durch Gewaltkonflikte dagegen gefallen. Diese Momentaufnahmen dürfen nicht überbewertet werden, da die Vertreibungen nicht in vollem Umfang erfasst werden. Vertreibungen durch langsam eskalierende Konflikte bzw. schleichende Verschlechterungen der Umweltbedingungen werden in der Regel bei diesen Datenerhebungen nicht erfasst. Denn die Menschen verlassen ihren Wohnort mit zeitlichen Verzögerungen und in kleineren Gruppen. Daher dürfte die Anzahl der tatsächlich Vertriebenen höher sein. Nicht vergessen werden dürfen zudem die „trapped populations“, die aufgrund von materiellen oder physischen Barrieren und sozialen Normen nicht dazu in der Lage sind, auf Gewalt oder schleichende/plötzliche Extremereignisse mit Flucht zu reagieren.

Bei der regionalen Verteilung der Vertreibung und bei den Zielgebieten überwiegen die Konstanten. Rund 40 Prozent der Binnenvertriebenen entfallen weiterhin auf Afrika, wo der Anteil der Binnenvertriebenen durch Gewalt und Krieg im regionalen Vergleich besonders hoch ist. Und auch wenn nationale Grenzen überschritten werden und aus Binnenvertriebenen internationale Migranten werden, verbleiben über zwei Drittel dieser Migranten in der Region. Die selbst häufig von Gewalt, Krieg und wetterbedingten Extremereignissen betroffenen Entwicklungsländer bewältigen unverändert den weit überwiegenden Teil der Binnenvertreibung und der Flucht. 71 Prozent der Flüchtlinge finden Aufnahme in benachbarten armen Entwicklungsländern bzw. Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen, 25 Prozent in den benachbarten ärmsten Entwicklungsländern.¹¹ M.a.W.: Über 95 Prozent der

Binnenvertreibung und der grenzüberschreitenden Vertreibung bleiben das Problem des Globalen Südens, wo die Hauptlast geschultert werden muss. An diesem zentralen Befund hat sich seit Jahren nichts geändert.

Der Jahresbericht des UNHCR gibt Einblicke in aktuelle Flüchtlingszahlen und eine sehr restriktive Haltung potentieller Aufnahmeländer:¹² 2025 sind dem UNHCR zufolge 5,4 Millionen Menschen vor Gewalt und Verfolgung in andere Länder geflohen. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge beträgt 41,6 Millionen Menschen. 70 Prozent der Flüchtlinge leben schon seit über fünf Jahren im Exil unter prekären Bedingungen, oft unter der Armutsgrenze. Das erklärte Ziel des UNHCR ist, dass die aufnehmenden Länder langfristige Perspektiven für Flüchtlinge schaffen, so dass die Zahl der Flüchtlinge, die langfristig auf humanitäre Unterstützung angewiesen sind, bis 2035 mindestens halbiert wird. Da sich die große Mehrheit der Flüchtlinge in ärmeren Ländern aufhält, fordert der UNHCR besonders die wohlhabenderen Länder dazu auf, 4,4 Millionen Flüchtlinge und 10,3 Millionen Binnenvertriebene kehrten 2025 in ihre Herkunftsländer bzw. -regionen zurück.¹³ Die Zahl der Rückkehrer war 2025 deutlich höher als in den vorherigen Jahren. Allerdings kritisiert der UNHCR, dass viele Menschen zur Rückkehr gezwungen wurden und die Menschen in vielen Fällen zurück in Gefahrengelände und in prekäre Lebenssituationen geraten sind.

Im Rahmen von Resettlementprogrammen des UNHCR konnten sich 2025 81.800 Menschen in aufnehmenden Ländern neu ansiedeln.¹⁴ Ein Jahr zuvor war die Zahl noch doppelt so hoch. Die wichtigsten Aufnahmeländer waren Australien, Kanada, Frankreich und die USA. Deutschland hat das Resettlementprogramm derzeit ausgesetzt.¹⁵

Wer aufgrund von Gewaltkonflikten und Krieg, wegen der Häufung von Extremwetterereignissen oder der Perspektivlosigkeit vor Ort Heimatland

und Heimatregion verlässt, begibt sich auf eine gefährliche Reise, häufig in den Händen von Schlepperbanden.¹⁶ Wie gefährlich der Versuch für Flüchtlinge geblieben ist, den Globalen Norden zu erreichen, wird an den hohen Opferzahlen auf den Fluchtrouten deutlich. Zwar ging 2025 die Anzahl der erfassten Todesopfer auf den großen Fluchtrouten weltweit gegenüber dem „Rekord“ des Vorjahres von 9.197 auf 7.904 zurück, aber die Überquerung der Sahara und des Mittelmeeres forderte nach diesen unvollständigen Daten auch im Jahr 2025 jeweils rund 2.000 Todesopfer.¹⁷ Wer Europa lebend erreicht, mag zwar vorläufig am Ziel sein, aber Sicherheit ist damit nicht unbedingt verbunden.

Die Zahl der kriegerischen Konflikte hat im Jahr 2025 einen neuen Höchststand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht.¹⁸ Der Krieg, den die

USA und Israel seit Ende Februar 2026 gegen den Iran führen, muss als Bestätigung dieser besorgniserregenden Entwicklung gesehen werden. Afrika bleibt weiterhin der am stärksten von Gewalt betroffene Kontinent, gefolgt von Asien und dem Nahen Osten.

Gleichzeitig hat der Irankrieg mit der Sperrung der Straße von Hormus die Bedingungen vor allem in den Teilen des Globalen Südens, die nicht über eigene Öl- oder Gasquellen verfügen, weiter verschärft. Diese Entwicklungsländer sind nicht nur von den starken Preiserhöhungen bei Öl und Gas betroffen, sondern u.a. auch von denen bei Kunstdünger. Hier besteht eine hohe Abhängigkeit von Importen aus der Golfregion.¹⁹ Der erwartbare Rückgang der Nahrungsmittelproduktion erhöht in ohnehin prekären Situationen die Gefahr einer Ernährungs Krise.

3. Afghanistan – Unfreiwillige Rückkehr in die humanitäre Krise

Die humanitäre Krise in Afghanistan spitzt sich weiter zu. Vielfältige Erschütterungen des Landes verstärken sich gegenseitig: Afghanistan gehört zu den Ländern, die besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Das Land ist außerdem von häufigen Erdbeben betroffen. 2025 kamen bei zwei Beben der Stärke 6,0 mehr als 2.000 Menschen ums Leben und etwa 10.000 Häuser wurden zerstört.²⁰ Die Menschen müssen mit den Folgen von jahrzehntelangem Krieg und politischen Unruhen, fragilen wirtschaftlichen Bedingungen sowie der Gewaltherrschaft der Taliban leben. Die menschenrechtliche und humanitäre Lage ist äußerst besorgniserregend.²¹ Dokumentiert sind Tötungen, willkürliche Inhaftierungen, Folter und andere Formen der Misshandlung im Rahmen öffentlicher Bestrafungen.

Gleichzeitig leben die meisten Menschen in Afghanistan unterhalb der Armutsgrenze. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. Fast vier Mio. Kinder sind an der Grenze zur Unterernährung.²² Seit 2025 sind internationale Hilfsgelder reduziert worden. Daher mussten 400 Krankenstationen geschlossen werden, und die Gesundheitsversorgung für Millionen Menschen ist noch prekärer geworden als zuvor. “Day by day, the humanitarian situation deteriorates, and year by year, donors disengage. Afghanistan has become politically isolated, with humanitarian aid left to carry the burden of an entire country’s basic services”, so der Länderdirektor Afghanistan des NRC.²³ Das NRC zählt Afghanistan zur Gruppe der zehn am meisten ignorierten Flüchtlingskrisen weltweit.²⁴ Dem

NRC zufolge wurden nur 42 Prozent der beantragten internationalen Hilfen gewährt.

Der Anteil an Binnenflüchtlingen ist in Afghanistan nach wie vor im internationalen Vergleich sehr hoch. Ende 2023 bezifferte das IDMC die Zahl der Binnenvertriebenen auf 5,7 Mio. Menschen, davon 4,2 Mio. Vertreibungen durch Krieg und Gewalt und 1,5 Mio. Vertreibungen durch Naturkatastrophen bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 41,25 Mio.²⁵ Zerstörung von Eigentum und Wohnraum durch den Krieg und durch Wetterextreme sowie fehlende finanzielle Mittel und Arbeitsperspektiven hinderten viele Menschen daran, nach Ende des Krieges 2021 in ihre angestammte Heimat zurückzukehren. Inzwischen hat sich der Anteil der Neuvertreibungen durch Krieg und Gewalt deutlich reduziert, allerdings nehmen die Vertreibungen durch Wetterextreme und Naturkatastrophen weiter zu.

Zu der großen Zahl an Binnenvertriebenen kommen seit 2023 über sechs Mio. afghanische Rückkehrer aus Pakistan und dem Iran hinzu.²⁶ Wachsender politischer Druck der entsendenden Länder und schwindende Aufnahmebereitschaft, u.a. in Deutschland, sind für die große Zahl an Rückkehrern verantwortlich, von denen viele noch nie in Afghanistan gelebt haben und andere vor den Taliban geflohen sind. Etwa die Hälfte dieser Menschen wurde Schätzungen der IOM zufolge von den Regierungen ohne rechtliche Prüfung direkt abgeschoben (Pushback). Ein dringender Appell des UNHCR, Afghanen mit internationalem Schutzbedarf von unfreiwilliger Rückkehr auszunehmen, findet kein Gehör.²⁷

Diese umfangreichen Rückkehrbewegungen tragen zur weiteren Verschlechterung der ohnehin prekären Grundversorgung der Bevölkerung bei. Untersuchungen zu afghanischen Rückkehrern aus Pakistan aus dem Frühjahr 2024, noch vor der großen Welle von Rückkehrbewegungen, zeigen, dass die Reintegration ein langsamer und

schwieriger Prozess ist.²⁸ Bei den Rückkehrern nehmen Ernährungsunsicherheit und Verschuldung in den Monaten nach der Rückkehr zu, sobald die anfänglichen eigenen Mittel sowie die erhaltene humanitäre Hilfe aufgebraucht sind. Von Krieg und Erdbeben zerstörte Orte und Infrastruktur, die Armut der Bevölkerung, eine agrarisch geprägte Wirtschaft, die von den Folgen des Klimawandels belastet ist, sowie die Wetterextreme selbst sind enorme Hindernisse sowohl für Binnenvertriebene als auch für Rückkehrer auf der Suche nach einer Lebens- und Zukunftsperspektive in dem krisengeschüttelten Land.

Binnenflüchtlinge finden eher eine nachhaltige Bleibe als Rückkehrer aus dem Ausland, die nicht auf individuelle soziale Netzwerke in Afghanistan zurückgreifen können. Ganz besonders problematisch ist die Situation für vertriebene Frauen und für von Frauen geführte Haushalte, da Frauen fundamentale Menschen- und Freiheitsrechte vom Regime vorenthalten werden und sie sich noch nicht einmal ohne männliche Begleitung in der Öffentlichkeit bewegen dürfen.²⁹ Haushalte unter männlicher Leitung sind am Zufluchtsort in der Lage, sich schneller und mit weniger Integrationsschwierigkeiten neu niederzulassen als von Frauen geführte Haushalte. Dies ist vor allem auf einen besseren Zugang zu sozialen Netzwerken zurückzuführen, einschließlich offizieller Unterstützungsstrukturen, die von Gemeinderäten, religiösen Führungspersonen, Dorfältesten und lokalen Vertretern geleitet werden. Diese Netzwerke ermöglichen Zugang zu finanziellen Mitteln und Wissensressourcen, was die Neuansiedlung erleichtern kann. Geflüchtete Frauen und von Frauen geführte Hausgemeinschaften haben keinen Zugang zu diesen Unterstützungsstrukturen. Vielmehr werden sie oft in der Aufnahmegesellschaft ausgegrenzt, besonders, wenn ihnen ein männlicher Begleiter fehlt. Zudem soll es vorkommen, dass Vermieter Haushalten ohne männliche Aufsichtsperson die Anmietung von Wohnraum verweigern, was dazu führt, dass

einige vertriebene Familien im Freien leben und gezwungen sind zu betteln. Der Mangel an Wohnraum geht zudem mit einem Fehlen sicherer, privater Rückzugsorte für Frauen einher, wodurch die Gefahr von Gewalt gegen Frauen weiter steigt.

Die humanitären Krisen werden durch schwierige Wetterbedingungen und zahlreiche Herausforderungen durch den Klimawandel verstärkt. Afghanistan ist ein Binnenstaat mit einem semi-ariden bis trockenen Klima mit Hochgebirge im Nordosten, Osten und Zentrum des Landes, Wüstengebieten im Südwesten und Ebenen im Nordwesten.³⁰ Das Klima variiert in den verschiedenen Regionen. Beispiellose und sich beschleunigende Veränderungen von Wasser, Kryosphäre, Land und Luft im gesamten Hindukusch-Himalaya-Raum stellen eine erhebliche Bedrohung für Mensch, Natur und Wirtschaft dar. Die Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen im Land nehmen zu. Mehr als 80 Prozent des Wassers in Afghanistan stammen aus der Schneeschmelze im Himalaya. Langsam schmelzender Schnee ist ein wichtiger Speicher für die Flüsse des Landes. Durch die Erwärmung geht die Schneedecke zurück und die natürlichen Wasserspeicher schwinden. Gleichzeitig werden extreme Starkregenereignisse häufiger. Die Menschen erleiden Wasserknappheit, verlängerte und extreme Dürren, vermehrte Wüstenbildung, Lawinen, Erdbeben, Sturzfluten und Extremtemperaturen (Hitze und Kälte).

Die Hälfte der Bevölkerung ist von Wassermangel, Dürre, Hitze und Bodendegradation betroffen. Im Süden des Landes ist die Situation besonders gravierend. Flüsse trocknen aus, traditionelle Bewässerungssysteme brechen zusammen. Schwindende Wasserressourcen verschärfen den Wettbewerb um Land und Wasser. Landwirte berichten von Ernteausfällen. „Unser Fluss ist unberechenbar geworden. Letztes Jahr fiel er genau dann trocken, als wir ihn am dringendsten brauchten; dieses Jahr trat er über die Ufer und vernichtete die

Hälfte unserer Ernte“,³¹ schilderte ein Landwirt aus dem Distrikt Goshta die wachsende Ungewissheit, mit der die ländlichen Gemeinschaften konfrontiert sind. Lokale Initiativen bemühen sich um Antworten auf die Gefahren, etwa durch wassersparende Bewässerungssysteme oder die Verstärkung von Dämmen gegen Überflutungen.

Auf langanhaltende Dürre folgen Starkregen und Sturzfluten. 2024 war durch zwei besonders große Flutkatastrophen geprägt mit über 500 Todesopfern und tausenden zerstörten Häusern und Feldern in 32 der 34 Provinzen, wodurch zigtausende Menschen obdachlos wurden.³² 2025 folgten Sturzfluten in 28 Provinzen.

Angesichts der vielfältigen Bedrohungen zeigt sich deutlich, wie wenig Schutz die Bevölkerung bisher erhält. Den meisten Gemeinden, die in einer umfangreichen Studie der IOM 2025 untersucht wurden, fehlt es nach wie vor an wichtiger Infrastruktur, etwa an wasserwirtschaftlichen Anlagen wie Rückhaltebecken, Stützmauern, Bewässerungssystemen und grundlegenden Gesundheitszentren sowie einem Zugang zu Strom und Notfalldiensten, Katastrophenschutz und Frühwarnsystemen für Wetterextreme.³³

Der Verlust von Einnahmen aus der Landwirtschaft und die Trinkwasserknappheit führen ebenso zur Abwanderung aus den ländlichen Räumen wie die Zerstörung von Häusern durch Sturzfluten und Erdbeben. Wenn die Geflüchteten zusammen mit Rückkehrern Zuflucht in den Städten suchen, sind sie erneut Bedrohungen ausgesetzt. So lebt die Mehrheit der Bewohner Kabuls in ungeschützten informellen Siedlungen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser.³⁴ Die Wasserkrise spitzt sich innerhalb der letzten 20 Jahren zu, da sich die Einwohnerzahl mehr als verdoppelte von etwa 2,5 Mio. Einwohnern zu etwa sechs Mio. heute, die Wasserressourcen nicht reichen und das Wassermanagement nicht auf diesen Bevölkerungszuwachs ausgelegt ist. Das Wasser der Stadt

wird größtenteils aus dem Grundwasser gewonnen, das durch die Übernutzung immer weiter absinkt. Vermehrte Dürren und weniger Schneefall infolge des Klimawandels tragen zum Mangel weiter bei. Es ist zu befürchten, dass Kabul als erster Großstadt weltweit das Wasser ganz ausgeht.

Schon ein kurzer Blick auf die prekäre Situation der Menschen in Afghanistan zeigt, wie rücksichtslos,

geradezu menschenverachtend Zurückweisungen nach Afghanistan sind. Sowohl aus humanitärer als auch aus klimapolitischer Verantwortung sollten im globalen Norden legale Migrationswege für Menschen aus Afghanistan wieder eröffnet werden und mehr EZ sowohl zur humanitären Unterstützung als auch zur Anpassung an die Herausforderungen an den Klimawandel bereitgestellt werden.

4. Demokratische Republik Kongo – Mehrfachvertreibungen und die Folgen drastischer Kürzungen

Die Menschen im Osten der DRK leiden bereits seit 30 Jahren unter anhaltenden Gewaltkonflikten, die immer wieder aufflammen.³⁵ Wie in einigen anderen Staaten Afrikas auch, geht es um einen toxischen Cocktail aus fehlender Infrastruktur und schwacher Regierungsführung, mangelnder politischer und ökonomischer Teilhabe an Regierung und Rohstoffreichtum (Coltan, Gold, Wolfram, Kobalt), um kleptokratische Eliten und sich verselbständigende, rivalisierende Sicherheitskräfte, Rebellengruppen und Warlords, sowie um Spannungen zwischen den über 200 ethnischen Gruppen. Die seit 1999 im Ostkongo stationierte UN-Friedensmission MONUSCO sollte die Zivilbevölkerung schützen, die staatliche Autorität der Zentralregierung stärken und durch Entwaffnung und Demobilisierung von Rebellen Stabilität und Frieden wiederherstellen, konnte ihrem Mandat aber allenfalls in Teilen gerecht werden.³⁶ Inzwischen fordert die Zentralregierung ihren schrittweisen Abzug. Erschwerend kommt in der DRK hinzu, dass zwischen der Hauptstadt Kinshasa und dem rohstoffreichen Osten bzw. Nordosten des Landes 1500 Kilometer tropischer Regenwald als gravierendes infrastrukturelles Hindernis liegen.³⁷ Das Kongo-Becken

fungiert gleichzeitig als riesige CO₂-Senke und wenig erschlossenes Gebiet mit hoher Artenvielfalt und mit einem enormen hydrologischen Energiepotential als große Chance für die nachhaltige Entwicklung des Landes.³⁸

Die an- und abschwellegenden Gewaltkonflikte haben wiederholt zu größeren Vertreibungen und Fluchtbewegungen geführt. Die Zahl der Menschen, die in der DRK durch Gewalt und Konflikt vertrieben wurden, hat im Laufe des Jahres 2025 mit fast zehn Mio. Menschen einen traurigen Höchststand erreicht. Das waren doppelt so viele wie während des Vorjahres, ein Jahr, in dem durch Mehrfachvertreibungen ebenfalls bereits ein Höchstwert markiert worden war.³⁹ Die hochgerüstete und vom benachbarten Ruanda unterstützte Miliz M23 hatte nach Ende einer Waffenstillstandsvereinbarung Anfang 2025 in rascher Folge nach heftigen Kämpfen mit der kongolesischen Regierungsarmee die militärische Kontrolle über die beiden Provinzen Nord- und Süd-Kivu übernommen, die an Uganda, Ruanda und Burundi grenzen. Der Fall der beiden Provinzhauptstädte Goma und Bukavu durch M23 führte zu einer Unterbrechung der humanitären Nothilfe.

Gleichzeitig plünderte die M23 Gebäude, Krankenstationen sowie Schulen und zerstörte nach ihrer Machtübernahme die Mehrzahl der Aufnahmezentren. Dies führte zu einer Reduzierung der am Ende des Jahres erfassten Vertriebenen um über zwei Mio. Menschen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich jedoch keine „Erfolgsgeschichte“, sondern es handelt sich um hunderttausende, mit brachialer Gewalt erzwungene Rückkehrende, zerstörte Infrastruktur und erneute Konflikte über Zugang zu Land und anderen Ressourcen in den Rücknahmegebieten. Der Nordosten der DRK liefert damit ein trauriges Beispiel für die Abstiegs-kaskade, die von Mehrfachvertreibungen in geringem Abstand in Gang gesetzt werden kann.

Verheerend sind in der DRK ist nicht nur die Wirkungen von Gewalt und Konflikt, sondern auch die von extremen Wetterereignissen. Zuletzt haben 2024 Starkregen, Flutkatastrophen und Erdbeben 750.000 und über 300.000 Menschen im Jahr 2025 vertrieben. Diese Wetterextreme betrafen sowohl den Westen als auch den Osten des Landes. Verglichen mit den Gewaltkonflikten liegen die Opferzahlen jedoch weit niedriger. Und es handelt sich in der Regel um eher kurzzeitige Vertreibungen.⁴⁰

Die DRK zeigt als Länderfall, wie problematisch plötzliche Kurswechsel beim Engagement der Geberstaaten der EZ sein können. Im Gesundheitssektor, noch mehr aber bei Friedensprojekten, gibt es jeweils komplexe Diskussionen darüber, was mit der EZ in diesen Bereichen erreicht werden kann und was nicht. Klare Ursache-Wirkungszusammenhänge der Projekt- oder Programmintervention sind häufig umstritten, da unter komplexen Bedingungen die Wirkung nur schwer isoliert betrachtet werden kann. So wird u.a. die Eigenanstrengung aus dem Land selbst immer wieder problematisiert. Sie zielt nicht stets entschlossen darauf ab, das Engagement der Geberstaaten mittelfristig vollständig zu ersetzen. Umgekehrt gibt es auch Eigeninteressen der

Geberorganisationen, die ihr Engagement nicht immer abgestuft zurückfahren wollen. Eines lässt sich jedoch an beiden Beispielen zeigen: Wenn die vorherige, umfangreiche Unterstützung in einem Sektor stark nachlässt oder plötzlich wegbriecht, erodieren bisherige Entwicklungserfolge rasant.

Gegenwärtig wird die Lage in der DRK im Globalen Norden nicht wegen der Massenvertreibungen und der desolaten humanitären Lage wahrgenommen, sondern aufgrund des jüngsten Ebola-Ausbruchs im Ostkongo.⁴¹ Mit der Situation vor Ort vertraute Fachleute sind sich einig, dass dieser Ausbruch viel früher erkannt worden wäre, hätte es die drastische Kürzung der Hilfgelder für das Gesundheitssystem des Landes seit dem Vorjahr nicht gegeben.⁴² Kaum ein Land war so stark vom radikalen Zusammenstreichen der US-amerikanischen EZ nach dem Amtsantritt der Trump-II-Administration betroffen wie die DRK. Im Fiskaljahr 2024, das im September endete, flossen noch 1,4 Mrd. US-Dollar in die DRK, im Fiskaljahr 2026 sind es noch 21 Mio. Dollar. Begründet wurden die Kürzungen mit der angeblichen Wirkungslosigkeit der EZ. Zwar hatte ein Mitarbeiter der US-amerikanischen Entwicklungsbehörde (USAID) bereits Anfang 2025 auf die wahrscheinlich verheerenden Konsequenzen hingewiesen, aber nach der Veröffentlichung seines Memorandums in der New York Times wurde er sofort freigestellt.⁴³ Nach den Kürzungen und noch vor dem Ebola-Ausbruch bereiste der US-amerikanische Epidemiologe Les Roberts für mehrere Monate den Ostkongo. Es zeichnete sich bereits eine Verdoppelung der Sterblichkeit ab. Er zitierte einen verantwortlichen Mediziner für die Provinz Nord-Kivu, der ihm zu Beginn eines Gesprächs die folgende Frage stellte: „Is your president sadistic, or just an idiot?“⁴⁴

Auch für den Wiederausbruch der Gewaltkonflikte im Ostkongo gab es 2025 eine Vielzahl von Gründen. In einer vielbeachteten Studie hat ein internationales Forschungsteam den Effekt der

plötzlichen Streichung der US-amerikanischen EZ auf die Entstehung von Konflikten untersucht.⁴⁵ Verglichen wurde ein Zeitraum von zehn Monaten vor der Streichung mit einem entsprechenden Zeitraum danach. Im Ergebnis zeigte sich, dass die relative Wahrscheinlichkeit für Konflikte signifikant stieg. Damit ist zwar noch nicht die Frage beantwortet, welchen Einfluss die EZ auf welchen

Wegen genau auf die Konfliktenstehung hat. Aber umgekehrt lässt sich festhalten, dass die Einstellung der Hilfe auf einen Schlag zu einer Zunahme der Konflikte führt. Zweifellos hätten die Menschen im Ostkongo gerne auf diese Art von Realexperimenten als Folge von Kürzungen verzichtet.

Box 1: Photovoltaik-Boom in Afrika größer als die Statistiken zeigen

Dass regenerative Energien inzwischen eine der kostengünstigsten Varianten der Stromversorgung sind, hat sich weltweit herumgesprochen – außer bis zu einer Person im Weißen Haus in Washington, DC., USA. Der Siegeszug der Photovoltaik hat längst auch alle Teile des Globalen Südens erfasst.

Ein Blick auf die Importe von Solarmodulen aus China zeigt, dass sich der jährliche Zubau von Solarmodulen auf dem afrikanischen Kontinent im letzten Jahr fast vervierfacht hat. Im Zuge des Klimawandels und der Zunahme von Dürren hat die Leistungsfähigkeit von Wasserkraftanlagen auf dem Kontinent gelitten. Während internationale Datenbanken vor allem große, öffentlich angekündigte Solarparks erfassen, findet gleichzeitig ein Boom statt, der besonders von dezentralen Anlagen vorangetrieben wird, die oft nicht in den offiziellen Statistiken auftauchen. Afrikaweit findet sich Photovoltaik auf Fabrikdächern, Einkaufszentren, Hotels, Mobilfunkmasten, landwirtschaftlichen Betrieben und in Wohnanlagen, auch in ländlichen Räumen. Oft ersetzen dezentrale Photovoltaikanlagen mit Energiespeichern zuvor verwendete Dieselgeneratoren, die wartungsintensiv und von volatilen Importpreisen abhängig waren. Die Investitionen in eine Energieversorgung mit Solarstrom amortisieren sich häufig bereits nach wenigen Jahren. Unabhängig von staatlichen Ausbauprogrammen und Projekten aus der Entwicklungszusammenarbeit findet ein Wandel statt, der sich marktwirtschaftlich, dezentral und pragmatisch vollzieht.

Die günstigen Bedingungen in Afrika ermöglichen den Ländern, Unternehmen, Genossenschaften und Einzelpersonen, Entwicklungsschritte der heutigen Industrieländer zu überspringen, die Rechnung für die Importe von fossilen Energieträgern zu reduzieren und die ökologische Transformation voranzutreiben. Ebenso wie bereits vorher das Überspringen der Festnetztelefonie durch den Mobilfunk liefert die rasche Verbreitung von Photovoltaik in Afrika wichtige Impulse für die Wirtschaftsentwicklung des Kontinents und setzt ein wichtiges Zeichen der Hoffnung.

Quelle: Couture und Jacobs 2026, Jones 2025, und Mambondyani 2026.

5. Rahmenbedingungen – weiter in die falsche Richtung

Um Vertreibung und Flucht im Globalen Süden zu reduzieren, braucht es eine drastische Verringerung der Treibhausgasemissionen, vor allem im Globalen Norden, die Bewahrung und Wiederherstellung von Ökosystemen sowie eine Steigerung von EZ und humanitärer Hilfe, damit sich die Bevölkerung im Globalen Süden anpassen und Zwangsmigration verhindert oder verringert werden kann. Außerdem werden neue ökonomische und soziale Perspektiven vor Ort, einschließlich des Ausbaus zirkulärer Migration, benötigt. M.a.W.: Im Zeichen einer globalen sozial-ökologischen Transformation braucht es eine konsequente Klima-, Friedens- und Entwicklungspolitik sowie eine menschenwürdige Migrationspolitik. Welche Trends und Entwicklungen haben sich bei diesen Zielen und bei den Rahmenbedingungen im letzten Jahr abgezeichnet? Die kurze Antwort lautet: Die Trends laufen in die falsche Richtung, und die Solidarität schwindet.

Ohne eine massive Reduktion der Treibhausgasemissionen im Globalen Norden werden die Menschen im Globalen Süden weiter die Leidtragenden einer Entwicklung sein, die sie nicht selbst verschuldet haben. Dagegen sind in den vergangenen zwei Jahren die Treibhausgasemissionen weltweit weiter gestiegen und haben neue Höchstwerte erreicht.⁴⁶ Aufgrund wirtschaftlicher Probleme werden bereits vereinbarte Reduktionsziele gestreckt und Zwischenschritte verfehlt. Gleichzeitig hakt es beim notwendigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Der gebotene Abbau der Subventionen für fossile Energieträger kommt kaum in Gang. Die Subventionen werden teilweise sogar ausgeweitet.⁴⁷ In Deutschland wurden zuletzt die Subventionen für Agrardiesel wieder eingeführt, und der befristet gewährte Tankrabatt im Zuge des Irankrieges setzte im Mai/Juni 2026 mit der Verbilligung fossiler Kraftstoffe den

falschen Anreiz. Die globale Finanzindustrie 2025 wendet sich wieder deutlicher von den Nachhaltigkeitszielen ab und steigerte ihr Engagement im Öl-, Gas- und Kohlesektor um acht Prozent auf 906 Mrd. US-Dollar.⁴⁸

Gleichzeitig findet weltweit eine beispiellose Militarisierung statt. Dadurch werden nicht nur die CO₂ Emissionen in erheblichem Maße gesteigert, sondern auch Ressourcen gebunden, die für die sozial-ökologische Transformation im Globalen Süden dringend benötigt werden. Die Rüstungsausgaben stiegen 2025 das elfte Jahr in Folge auf einen neuen historischen Höchststand von 2,9 Billionen US-Dollar.⁴⁹ Die USA blieben mit 954 Mrd. US-Dollar die mit Abstand stärkste Militärmacht. Die kumulierten Verteidigungsausgaben der Europäer haben sich gegenüber dem Vorjahr mit einer Steigerung um 14 Prozent auf 864 Mrd. US-Dollar jedoch nahe an die USA herangeschoben. Geht es nach dem Willen der Trump-Administration, dann wird sich der Militärhaushalt der USA 2027 um über ein Drittel auf 1,5 Billionen US-Dollar erhöhen. Der Höchststand bei den Kriegen weltweit seit 1945 befeuert eine verhängnisvolle Dynamik, die insbesondere durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die Kriege im Nahen und Mittleren Osten sowie neuere technologische Entwicklungen (Drohnen, Kampfroborer etc.) weiter vorangetrieben wird.

Dagegen waren die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und die humanitäre Hilfe des Globalen Nordens zuletzt erneut deutlich rückläufig.⁵⁰ Der Rückgang von 2024 auf 2025 betrug 23,1 Prozent auf nunmehr nur noch 174,3 Mrd. US-Dollar. Das ist der stärkste Rückgang überhaupt und der niedrigste Wert seit Beginn der 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015. Nachdem sich der Rückgang bereits

vor 2024 angedeutet hatte, setzte die Trump-II-Administration seit Anfang 2025 neue „Maßstäbe“. Die USA haben die zuständige US-Entwicklungsorganisation USAID fast vollständig abgewickelt und massive Kürzungen am Entwicklungshaushalt vorgenommen.⁵¹ Im „Windschatten“ der USA zogen andere große ODA-Staaten, darunter Deutschland, nach, wenn auch nicht im gleichen Maße. Im multilateralen Bereich richtet sich der Furor der Trump-Administration vor allem gegen die UNO. Neben dem regulären UN-Haushalt sind etliche Sonderorganisationen (z.B. die WHO und UNESCO), Sonderprogramme der UN-Generalversammlung (z.B. der UNHCR) und UN-Hilfswerke sowie die Friedensmissionen betroffen.⁵² Ein Hauptverantwortlicher für den Klimawandel und seine Folgen stiehlt sich aus der globalen Verantwortung.

In die gleiche Kerbe schlägt die Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik - auf der einen Seite des Atlantiks mit roher Gewalt, auf der anderen Seite mit subtileren, aber ebenfalls deutlichen Mitteln. Für die USA liegen seit Amtsantritt der zweiten Trump-Administration wegen der ausgesetzten Kooperation mit dem UNHCR keine international vergleichbaren Daten mehr vor. Das martialische Auftreten der Einsatzkräfte der US-Bundesbehörde United States Immigration and Customs Enforcement (ICE) legt die Vermutung nahe, dass sich sowohl die Rückweisungen an den Grenzen als auch die Ausweisungen von Migrantinnen und Migranten, die schon seit Jahren im Land leben, in den USA deutlich erhöht haben. Nach der Ausweisung von 600.000 Menschen im vergangenen Jahr strebt die Trump-Administration die Ausweisung von einer Mio. Menschen in diesem Jahr an.⁵³ Die gerade erfolgte Freigabe des Budgets von 70 Mrd. US-Dollar für ICE im US-Kongress wird dafür sorgen, dass die umstrittene Behörde bis zum Ende der Amtszeit von Donald Trump den scharfen Anti-Migrationskurs in den USA fortsetzen kann.⁵⁴

Die sinkenden Zahlen von Asylanträgen und der Rückgang der Gewährung von Asyl dokumentieren die Verschärfung der Asyl- und Flüchtlingspolitik auch in der EU. Zwischen Januar und Juni 2025 wurden in Europa und der Türkei 415.100 Asylanträge gestellt, fast ein Viertel weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.⁵⁵ Der Rückgang zieht sich durch fast alle EU-Länder und reicht von minus 49 Prozent in Deutschland bis minus sieben Prozent in Frankreich. Gleichzeitig ging in Europa die Gewährung von Asyl von 49 Prozent im ersten Halbjahr 2024 auf 35 Prozent im ersten Halbjahr 2025 zurück.⁵⁶

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die bereits 2024 beschlossen wurde und die am 12. Juni 2026 in Kraft getreten ist, setzt auf einen abschreckenden Effekt, auch wenn die Fluchtursachen weiter gestiegen sind. Mit den umstrittenen Abschiebelagern außerhalb der EU – vorgesehen sind zwei derartige Zentren in Afrika und in Zentralasien – sind mittelfristig Einrichtungen geplant, um abgelehnte Asylbewerber, die nicht in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können, außerhalb Europas „aufbewahren“ zu können.⁵⁷ Wer auf der Welt vor Klimawandel, Extremwetterereignissen, Krieg, Gewalt und Hungersnot fliehen muss und keine Aufnahme im eigenen Land oder in der Region findet, wird zunehmend mit einer „Festung Europa“ konfrontiert, bei der die Zugänge – wenn überhaupt erreichbar - noch schwieriger und teurer geworden sind.

6. Fazit und Empfehlungen

Überall auf der Welt werden durch den menschengemachten Klimawandel und durch menschengemachte Natur- und Umweltzerstörung Naturkatastrophen häufiger und extremer. Die Länder des Globalen Südens sind besonders stark vom Klimawandel betroffen. Krieg und Gewalt haben zudem einen Höchststand seit Ende des zweiten Weltkriegs erreicht. Die meisten Gewaltkonflikte finden ebenfalls in den Ländern des Globalen Südens statt. Viele Menschen leiden dort sowohl unter Gewaltkonflikten als auch unter den Folgen des Klimawandels mit extremer Hitze, Dürre, Stürmen, Starkregen und Überschwemmungen. Vertreibungen durch Krieg, Gewalt und Wetterextreme haben auch 2025 eine besorgniserregende Größe erreicht. Hinzu kommt eine schwer zu schätzende, hohe Zahl von Menschen, die unter prekären Lebensbedingungen in Risikogebieten verbleiben oder in Risikogebiete oft unfreiwillig zurückkehren.

Die besonders betroffenen Länder verfügen nicht über ausreichend Mittel für vielfältige Anpassungsmaßnahmen, mit denen die Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels geschützt und eine angepasste Wirtschaft entwickelt werden kann. Daher ist gerade jetzt unter den verschärften Bedingungen des Klimawandels eine umfangreiche Entwicklungszusammenarbeit wichtig. Anpassungsmaßnahmen reichen von wassersparenden Bewässerungssystemen in der Landwirtschaft, der Installation von Frühwarnsystemen, Hochwasserschutzanlagen, dem Bau stabiler und kühler Häuser bis zum Rückzug aus Überschwemmungsgebieten. Vertreibungen durch Wetterextreme müssen soweit möglich vermieden werden, indem die Resilienz der Bevölkerung gestärkt wird. Auch Deutschland kann vor den Problemen, die mit dem Klimawandel verbunden sind und die vor keiner Grenze halt machen, die Augen nicht verschließen.

Box 2: Rückzug aus einzelnen Hochrisikogebieten bald auch in Deutschland?

Flusshochwasser und Überschwemmungen durch Starkregen werden im Zuge des Klimawandels in Deutschland häufiger und intensiver. Dem Gesamtverband der Versicherer zufolge sind mehr als 300.000 Adressen in Deutschland von Hochwasser bedroht. Eine dramatische Flut wie 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wird durch die globale Erwärmung bis zu neunmal wahrscheinlicher.

Im besonders betroffenen Ahrtal starben bei der Flut 135 Menschen und 17.000 Menschen verloren ihr Hab und Gut. Innerhalb einer Nacht wurden Jahrzehnte der Infrastruktur-Entwicklung zerstört. Fünf Jahre nach dem Unglück erholen sich die Gemeinden. Frühwarnsysteme sind ausgebaut und der Hochwasserschutz ist verbessert worden. Priorität hatte der Wiederaufbau der Häuser. Nur 34 zerstörte Häuser durften nicht im Hochrisikogebiet vor Ort wieder aufgebaut werden. Der Rückzug von Siedlungen aus einem Hochrisikogebiet ist in Deutschland bisher im internationalen Vergleich sehr selten. Bekannt ist in Deutschland die Umsiedlung von zwei Ortsteilen: Röderau-Süd in der Elbaue in Sachsen wurde 2003 nach der Flutkatastrophe der Elbe umgesiedelt. Isarmünd, ein Ortsteil der niederbayerischen Gemeinde Moos, musste nach einem Hochwasser 2013 ebenfalls dem Hochwasserschutz weichen.

Derzeit gibt es Überlegungen im Ahrtal und anderen überflutungsgefährdeten Gebieten Hochwasserrückhalteräume zu bauen, die allerdings nicht nur mit hohen Kosten, sondern auch mit großen Eingriffen in die Landschaft verbunden wären. An den Küsten sind durch den steigenden Meeresspiegel und das Risiko extremerer Binnenhochwasser Milliardeninvestitionen erforderlich: Deiche müssen erhöht und Salzwiesen renaturiert werden. Nicht zuletzt muss auch die Leistungsfähigkeit von Schöpfwerken sichergestellt werden, die Flusshochwasser aus dem Hinterland über die Deiche leiten.

In welchem Ausmaß können wir uns Hochwasserschutz auch in Zukunft leisten bzw. wann wird über den Rückzug aus einzelnen Hochrisikogebieten entschieden werden müssen? Die Deutsche Meteorologische Gesellschaft und die Deutsche Physikalische Gesellschaft riefen bereits 2025 dazu auf, den Rückzug aus tiefer liegenden Küstenregionen an Nord- und Ostsee zu diskutieren.

Quellen: Deutsche Meteorologische Gesellschaft und Deutsche Physikalische Gesellschaft 2025, Gesamtverband der Versicherer 2024.

Zeitweilige oder langfristige Migration kann Menschen vor Gefahren schützen und Krisensituationen entschärfen. Sie kann den demographischen Druck auf fragile Ökosysteme oder bei Wasserknappheit verringern, wodurch die Situation für die verbleibende Bevölkerung verbessert werden kann. Mit temporärer oder zirkulärer Arbeits- oder Bildungsmigration können Gesellschaften zusätzliche Ressourcen und Know-how gewinnen und die eigene Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel verbessern. Mobilität ist also ein elementarer Schritt zur Anpassung an den Klimawandel. Als Hauptverursacher des Klimawandels steht der Globale Norden in einer besonderen historischen und moralischen Verantwortung dafür, Migrantinnen und Migranten zu unterstützen, Migrationswege offen zu halten und Aufnahmegesellschaften zu unterstützen.

Eine große Mehrheit der Migrantinnen und Migranten bleibt innerhalb der Grenzen des eigenen Landes oder in der Region. Die Länder, die mit Abstand die meisten Vertriebenen aufnehmen, liegen im Globalen Süden und brauchen internationale Unterstützung sowohl für humanitäre

Hilfe als auch für eine nachhaltige Integration der Geflüchteten ohne Rückkehrperspektive. Zugleich müssen sichere Migrationswege in den Norden erhalten und ausgebaut werden. Leider weichen die universellen Menschenrechte als Fundament der EU immer häufiger dem Wunsch von Rechtspopulisten, an den Grenzen der „Festung Europa“ Entschlossenheit zu signalisieren.

Die Rahmenbedingungen bei Migration und Konflikt haben sich in den vergangenen beiden Jahren weiter verschlechtert: Gestiegen sind die klimarelevanten Emissionen und die Rüstungsausgaben, während die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfen gesunken sind und sich die Asyl- und Migrationspolitik des Globalen Nordens verschärft hat. Für die Bewältigung der globalen Probleme und die Realisierung der weltweiten sozial-ökologischen Transformation müsste es jedoch in allen vier Bereichen einen Richtungswechsel geben.

Box 3: Studierende aus pazifischen Inselstaaten geben Impuls für Klimagerechtigkeit

Im Dezember 2025 zeichnete das UN Environment Programme eine Studentengruppe der Pazifischen Inselstaaten mit dem Preis „Champions of the Earth“ in der Kategorie Policy Leadership aus. 27 Jura Studentinnen und Studenten aus dem kleinen Inselstaat Vanuatu initiierten 2019 eine Kampagne, mit der sie eine globale Reichweite erzielten: Die Studierenden wollten die Menschenrechtsdimension der Klimakrise zum internationalen Gerichtshof (IGH) bringen. Sie bekamen Unterstützung aus der Zivilgesellschaft und überzeugten zunächst die Regierungen der Pazifikstaaten. Unter Vanuatus Initiative entstand eine weltweite Kampagne. Daraufhin beschloss die UN-Vollversammlung 2022 einstimmig eine Resolution, die zu dem bisher größten Verfahren des IGH führte mit gut 150 schriftlichen Stellungnahmen und Kommentaren und nicht zuletzt mit entschiedener Lobbyarbeit aus den Pazifikstaaten und von internationalen NGOs und zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Als Ergebnis der Verhandlungen veröffentlichte der IGH 2025 das Gutachten zu den „Pflichten der Staaten in Bezug auf den Klimawandel“. Der IGH stellt in dem Gutachten fest, dass sich die völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Klimaschutz aus einer Vielzahl von Quellen ergeben und daher für alle Staaten gelten. Alle Staaten sind nach geltendem Völkerrecht verpflichtet, erhebliche Schäden am Klimasystem zu verhindern. Alle Staaten, insbesondere die mit hohen Emissionen, müssen ambitionierte Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgase unternehmen und können haftbar gemacht werden, wenn sie dieser Pflicht nicht nachkommen. Das Gutachten besitzt eine hohe politische Legitimität.

Schon lange treiben Klimaaktivistinnen und -aktivisten der kleinen Inselstaaten die internationale Klimapolitik und den Meeresschutz voran. Sie verdienen allen Respekt dafür, dass es ihnen gelingt, ihre elementare Betroffenheit in Engagement umzumünzen. Dabei werden sie von internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt. Jetzt bleibt zu hoffen, dass das Rechtsgutachten des IGH als wichtiger Baustein für künftige Klimaklagen fungieren wird.

Quellen: UN Environment Programme (2025) und Schaugg, Jones und Qi (2025).

Es gibt auch positive Entwicklungen, die nicht übersehen werden sollten. Die globale Energiewende lässt sich nicht abwürgen. Weltweit findet ein rasant schneller Ausbau der Photovoltaik statt. Dezentrale Photovoltaikanlagen mit Energiespeichern ermöglichen vielen Menschen im Globalen Süden, die bisher unter Stromunterbrechungen leiden oder mit Dieselmotoren teuren Strom erzeugen müssen, einen kostengünstigen Zugang zu

Strom. Weiterhin üben Teile der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen Druck auf Regierungen aus, fordern Solidarität, Klima- und Naturschutz ein und initiieren Klimaklagen. Mit dem Gutachten des IGH zu den „Pflichten der Staaten in Bezug auf den Klimawandel“ entsteht ein neuer Bezugsrahmen für künftige Klimaklagen. Nach fast 20 Jahren zäher Verhandlungen trat im Januar 2026 schließlich das UN-Hochseeschutzabkommen

(Global Ocean Treaty) in Kraft. Meeresschützer sehen in dem Abkommen eine große Chance für die Meere. Denn es bildet den ersten rechtsverbindlichen Rahmen für den Schutz der internationalen Gewässer, die zwei Drittel der Weltmeere ausmachen.

Im Folgenden werden aus der Studie fünf Empfehlungen abgeleitet:

Skandalisierenden Erzählungen von einer drohenden Massenflucht in den Globalen Norden entgegenwirken und stattdessen auf die humanitäre Dimension und die Chancen von Migration verweisen

Vieles spricht dafür, dass es im Zuge des Klimawandels auch in Zukunft keine abrupten Massenbewegungen nach Europa geben wird. Weltweit zeigt sich, dass der überwältigende Teil der Menschen in der gewohnten Umgebung im Land selbst bzw. in der Region bleiben möchte. Menschen, die unter besonders prekären Bedingungen leben, fehlen die Mittel für eine kontinentübergreifende Flucht. Sie brauchen gezielte Unterstützung, anstatt als Gefahr instrumentalisiert zu werden.

Den Ausstieg aus fossilen Energien forcieren, die Anpassung an den Klimawandel und den Natur- und Artenschutz in Deutschland, europa- und weltweit entschieden unterstützen

Der schnelle Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, ein integrierter Schutz von Klima und Natur und die Anpassung an den Klimawandel sowie die Unterstützung besonders betroffener Menschen sind alternativlos. Wir haben weder Zeit, nicht zu handeln noch zu resignieren: Jedes Zehntel Grad an Erderwärmung, das vermieden wird, rettet Leben.

Fossile Subventionen radikal kürzen, Rüstungsausgaben wieder hinterfragen und die Entwicklungszusammenarbeit stärken

Der Trend in die falsche Richtung bei den Rahmenbedingungen muss gestoppt und umgekehrt werden. Fossile Subventionen dürfen angesichts der damit verbundenen Fehlsignale für die Preise keine Zukunft mehr haben. Damit die Logik der sozial-ökologischen Transformation und die Friedenslogik gegenüber der Kriegslogik wieder die Oberhand gewinnen, gehören auch Höhe und Zuwachsraten bei den Rüstungsaufgaben auf den Prüfstand. Und die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit müssen aufgrund historischer Verantwortung, moralischer Verpflichtung und wohlverstandenen globalen Gemein- und Gerechtigkeitsinteressen wieder deutlich steigen. Denn die Folgen der drastischen Streichungen zerstören in kürzester Zeit die Errungenschaften, die über lange Zeiträume und unter großen Mühen aufgebaut worden sind.

Sichere Migrationswege nach Europa und Deutschland erhalten und ausbauen

Über zivilgesellschaftliche, politische und rechtliche Initiativen muss darauf hingewirkt werden, sichere Migrationswege zu erhalten - von humanitären Aufnahme- und Resettlementprogrammen, über Studenten- und Arbeitsvisa bis zur Anerkennung von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Bundesregierung sollte das ausgesetzte Resettlementprogramm in Deutschland wieder aufnehmen und humanitären Aufnahmeverfahren der Bundesländer wieder positiv gegenüberstehen. Außerdem sollte geprüft werden, inwiefern neue Aufnahmefazilitäten geschaffen werden können: ein temporäres Klima-Arbeitsvisum für Menschen in Regionen mit schleichender Verschlechterung der Umweltbedingungen, eine temporäre Klima-Card im Zusammenhang mit einer Naturkatastrophe und ein unbefristeter Klimapass für Menschen in einer Region, die unbewohnbar zu werden droht.⁵⁸

Zivilgesellschaftliche und migrantische Gruppen stärken und für eine inklusive Gesellschaft eintreten

Gerade angesichts des derzeitigen Backlash müssen zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützt werden, damit innovative, lokale Lösungen für den Klima- und Artenschutz und die Anpassung an den Klimawandel gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit migrantischen Gruppen ist wichtig, um gegenseitiges Lernen und die Integration von Geflüchteten zu fördern sowie gemeinsam einer ausländerfeindlichen Stimmung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Zivilgesellschaftliche Gruppen aus dem Globalen Süden müssen aktiv eingebunden werden, denn nur zusammen können nachhaltige Lösungen für alle Bewohner des Blauen Planeten gefunden und durchgesetzt werden.

Literaturverzeichnis

AtlasPress (2025): UN-Habitat Warns Majority of Kabul Residents Live in Informal Settlements Vulnerable to Climate Change, December 28, 2025. [<https://atlaspress.news/en/2025/12/28/kabul-residents-informal-settlements-climate-vulnerability-un-habitat/>]. Zugriffsdatum: 05.05.2026.

AtlasPress News Agency (2026): Extensive Gold Mining Alters Course of Panj River, Raising Environmental Concerns in Afghanistan. February 17, 2026. [<https://atlaspress.news/en/2026/02/17/gold-mining-panj-river-afghanistan-environment-concerns/>]. Zugriffsdatum: 05.05.2025.

Balser, Markus und Henzler, Claudia (2026): Start der Geas-Reform. Was die neuen EU-Regeln für Deutschland bedeuten, in: Süddeutsche Zeitung Online, 11. Juni 2026. [https://www.sueddeutsche.de/politik/geas-reform-asyl-auswirkungen-deutschland-li.3492916?sc_src=email_4562617&sc_lid=442302642&sc_uid=Uy8C0foDpk&sc_llid=113901&utm_medium=email&utm_source=emarsys&utm_campaign=SZ_am_Morgen_110626&sc_eh=]. Zugriffsdatum: 11.06.2026.

Banking on Climate Chaos (2026): Fossil Fuel Finance Report 2026. BankingonClimateChaos.org. June 2026. [<https://www.bankingonclimatechaos.org/banking-on-climate-chaos-2026-report/>]. Zugriffsdatum: 10.06.2026.

Becatoros, Elena (2026): Afghanistan's capital is in the grip of a water crisis. AP, April 14, 2026. [<https://apnews.com/article/afghanistan-kabul-water-drought-climate-change-98a52f7afe770c37e2030bc7a884f5d3>]. Zugriffsdatum: 06.05.2026.

Bedarff, Hildegard und Jakobeit, Cord (2025): Klimawandel, Migration und Konflikt. Ursachen. Auswirkungen. Auswege. Studie im Auftrag von Greenpeace e.V. Hamburg. [https://www.greenpeace.de/publikationen/Klimawandel_Migration_und_Konflikt.pdf]. Zugriffsdatum: 03.08.2025.

Boller, Eva (2026). Das UN-Hochseeschutzabkommen – eine Chance für die Meere. Greenpeace. [<https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/meere/meeresschutz/un-einigt-globalen-ozeanvertrag>] Zugriffsdatum: 01.06.2026.

Bohnet, Henri-Giscard (2026): Folgen des Iran-Kriegs für Afrika: Düngermangel und Wut auf den Westen, in: Der Tagesspiegel, 22. April 2026, S. 9.

Climate Trace (2026): Climate TRACE Data Show Global Greenhouse Gas Emissions Hit a New Record High in 2025. Febr. 26, 2026. [<https://climatetrace.org/news/climate-trace-data-show-global-greenhouse-gas-emissions-hit-a-new-record-high-in-2025>]. Zugriffsdatum: 18.04.2026.

Couture, Toby and Jacobs, David (2026): Afrika: Eine stille Photovoltaik-Revolution mit globaler Bedeutung, in: PV-Magazine vom 9. Juni 2026. [<https://www.pv-magazine.de/2026/06/09/afrika-eine-stille-photovoltaik-revolution-mit-globaler-bedeutung/>]. Zugriffsdatum: 10. 06. 2026.

Deutsche Meteorologische Gesellschaft und Deutsche Physikalische Gesellschaft (2025): Globale Erwärmung beschleunigt sich. Gemeinsamer Aufruf der DMG und der DPG. [https://www.dpg-physik.de/veroeffentlichungen/publikationen/stellungnahmen-der-dpg/klima-energie/klimaaufruf/stellungnahme_de-en]. Zugriffsdatum: 12.04.2026.

Friedensgutachten 2026 (2026): Die neuen Warlords. Gewaltdynamiken einhegen. Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF), Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF). [<https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/00/d4/9b/oa9783839479681vxKl6iJG3r17D.pdf>]. Zugriffsdatum: 11.06.2026.

GDV Gesamtverband der Versicherer (2024): Amtliche Zahlen zeigen: Mehr als 300.000 Adressen in Deutschland sind von Hochwasser bedroht. 5. Juni 2024. [<https://www.gdv.de/gdv/medien/medieninformationen/amtliche-zahlen-zeigen-mehr-als-300-000-adressen-in-deutschland-sind-von-hochwasser-bedroht-168828>]. Zugriffsdatum: 13.02.2025.

Germanwatch (2025): Climate Risk Index 2026. Germanwatch e.V. [<https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-11/CRI%2026%20full%20report.pdf>]. Zugriffsdatum: 07.04.2026.

Globalwaterstorage (2025). Die Dynamik der Wasserspeicherung in Afghanistan verstehen: Eine integrierte Perspektive. [<https://www.globalwaterstorage.info/die-dynamik-der-wasserspeicherung-in-afghanistan-verstehen-eine-integrierte-perspektive>]. Zugriffsdatum: 05.05.2026.

Greenpeace (2026): Europa allein zu Haus? Europas Sicherheitspolitik in Zeiten Donald Trumps. Hamburg: Greenpeace e.V. [[greenpeace.de](https://www.greenpeace.de)]. Zugriffsdatum: 27.05.2026.

Hess, Amandine (2026): Beispiellose Hitzewelle in Europa – mehrere Tote. Euronews, 27.05.2026. [<https://de.euronews.com/my-europe/2026/05/27/beispiellose-hitzewelle-europa-todesopfer>]. Zugriffsdatum: 29.05.2026.

Hill et al. (2026): One Fifth of the World’s Population Is at High-Risk of Climate-Related Hazards. World Bank Policy Research Working Paper 11380. Development Data Group & Climate Change Department. Washington, DC: World Bank. [<https://openknowledge.worldbank.org/bitstreams/afd0d9a0-37fb-4180-b2ec-c70b65651797/download>]. Zugriffsdatum: 04.06.2026.

IDMC (2025): Global Report on Internal Displacement 2025. Internal Displacement Monitoring Centre. [<https://api.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/idmc-grid-2025-global-report-on-internal-displacement.pdf>]. Zugriffsdatum: 27.05.2025.

IDMC (2026): Global Report on Internal Displacement 2026. Internal Displacement Monitoring Centre. [<https://api.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/IDMC-GRID-2026-Global-Report-on-Internal-Displacement.pdf>]. Zugriffsdatum: 15.05.2026.

IDMC (2026a): Spotlight. Democratic Republic of the Congo - Conflict and violence trigger a record high of nearly 10 million movements. 12 May 2026. [<https://www.internal-displacement.org/spotlight/democratic-republic-of-the-congo-conflict-and-violence-trigger-a-record-high-of-nearly-10-million-movements/>]. Zugriffsdatum: 07.06.2026.

IDMC (o.J.): Country profil Afghanistan. Overview. [<https://www.internal-displacement.org/countries/afghanistan/>]. Zugriffsdatum: 04.06.2026.

International Monetary Fund (IMF) (2026): Fossil Fuel Subsidies. April 22, 2026. [<https://www.imf.org/en/topics/climate-change/energy-subsidies#A%20Global%20Picture%20of%20Energy%20Subsidies>]. Zugriffsdatum: 17.05.2026.

IOM (2026): World Migration Report. Geneva: IOM. [<https://worldmigrationreport.iom.int/>] Zugriffsdatum: 26.05.2026.

IOM Afghanistan (2026): Afghanistan Returnee Border Response. Last Update May 30, 2026. [<https://app.powerbi.com/view?r=eyJrIjoizjQyYzRiOGEtNzdhdjM0NjRmLTliMWUtMDI5Zjg1YmM4MzU4IiwidCI6IjE1ODgyNjJkLTlzMmItNDNiNC1iZDZlLWJjZTQ5YzhlnjE4NiIsImMiOjh9&disablecdnExpiration=1761956577>]. Zugriffsdatum: 05.06.2026.

IOM UN Migration (2025): Afghanistan. CLIMATE VULNERABILITY ASSESSMENT. Round 2. [file:///C:/Users/HaBe/Downloads/Afghanistan%20Climate%20Vulnerability%20Assessment_Round%202_1-compressed.pdf] Zugriffsdatum: 05.06.2026.

IOM UN Migration (2026a): FLASH UPDATE– EARTHQUAKES IN EASTERN AND NORTHERN AFGHANISTAN. [<https://afghanistan.iom.int/sites/g/files/tmzbd11071/files/documents/2026-01/flash-updates-eq-in-eastern-and-northern-afg-.pdf>]. Zugriffsdatum: 07.06.2026.

IOM – Missing Migrants Project (2026): Deaths During Migration Recorded Since 2014. Geneva: IOM. [<https://missingmigrants.iom.int/data>]. Zugriffsdatum: 13.05.2026.

Jones, David (2025): The first evidence of a take-off in solar in Africa. Ember. 26 Aug. 2025. [<https://ember-energy.org/latest-insights/the-first-evidence-of-a-take-off-in-solar-in-africa/>]. Zugriffsdatum: 04.06.2026.

Kabulnow (2026). Over 31,000 People Affected by Flash Floods in Afghanistan in 2025, UN Says, March 2026. [<https://kabulnow.com/2026/02/over-31000-people-affected-by-flash-floods-in-afghanistan-in-2025-un-says/>]. Zugriffsdatum: 07.06.2026.

Mandavilli, Apoorva (2025): U.S.A.I.D. Memos Detail Human Costs of Cuts to Foreign Aid, in: The New York Times, March 2, 2025. [U.S.A.I.D. Memos Detail Human Costs of Cuts to Foreign Aid]. Zugriffsdatum: 05.06.26.

Mambondyani, Andrew (2026): In Africa, Solar Energy is Booming. The Energy Pioneer. April 2, 2026. [<https://theenergypioneer.com/in-africa-solar-energy-is-booming/>]. Zugriffsdatum: 02.06.2026.

Mayroth, Natalie (2026): Düngermangel lässt indische Bauern bangen, in: TAZ, 26. Mai 2026. [<https://taz.de/Folgen-des-Irakkriegs/!6180945&s=D%C3%BCngermangel%2Bl%C3%A4sst%2Bindische/>]. Zugriffsdatum: 28.05.2026.

Misteli, Samuel (2026): Trumps Hilfsstopp begünstigte Ebola-Ausbruch, in: Neue Zürcher Zeitung Online, 06.06.2026.

NUPI /SIPRI (2026): Climate, Peace and Security Fact Sheet Afghanistan. [<https://www.nupi.no/en/publications/cristin-pub/climate-peace-and-security-fact-sheet-afghanistan4>]. Zugriffsdatum: 09.06.2026.

Norwegian Refugee Council (NRC) (2026): The world 's most neglected displacement crises. 10th ed. [<https://www.nrc.no/feature/2026/the-worlds-most-neglected-displacement-crises-2025>]. Zugriffsdatum: 04.06.2026.

OECD (2026): A historic decline in foreign aid: Preliminary 2025 ODA data. 9 April 2026. [<https://www.oecd.org/en/data/insights/data-explainers/2026/04/a-historic-decline-in-foreign-aid-preliminary-2025-oda-data.html>]. Zugriffsdatum: 03.06.2025.

Oltmer, Jochen, Bendel, Petra, Düvell, Franck, Etzold, Benjamin, Lang, Christine und Pott, Andreas (Hg.) (2026): Report Globale Flucht 2026. Bielefeld: transcript Verlag. [<https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/a6/2d/df/oa9783839477922.pdf>]. Zugriffsdatum: 02.06.2026.

Pacific Islands Students fighting Climate Change (2026): Our Journey. [<https://www.pisfcc.org/ourjourney/>]. Zugriffsdatum: 05.06.2025.

Purvis, Nigel and Razzouk, Assaad (2026): The Threat of Unrest is Decarbonizing the Global South, in: Foreign Policy Online, 4 June 2026. [<https://foreignpolicy.com/2026/06/04/iran-war-decarbonizing-global-south/>]. Zugriffsdatum: 07.06.2026.

Rausch, Thore (2026): US-Kongress gibt Milliarden für Trumps Einwanderungspolitik frei, in: Süddeutsche Zeitung, 10.06.2026. [https://www.sueddeutsche.de/politik/usa-news-trump-kongress-ice-migration-milliarden-demokraten-li.3494806?sc_src=email_4561768&sc_lid=442187037&sc_uid=Uy8C0foDpk&sc_llid=57965&utm_medium=email&utm_source=emarsys&utm_campaign=SZ_am_Morgen_100626&sc_eh=]. Zugriffsdatum: 10.06.2026.

Roberts, Les (2026): The death of public health, in three extraordinary developments (Guest Opinion by Les Roberts), in: syracuse.com The Post-Standard, Jan. 29 2026. [<https://www.syracuse.com/opinion/2026/01/the-death-of-public-health-in-three-extraordinary-developments-guest-opinion-by-les-roberts.html>]. Zugriffsdatum: 03.06.2026.

Rohner, Dominic et al. (2026): Aiding peace or conflict? The impact of USAID cuts on violence, in: Science, Vol. 392, Issue 6799, 14 May 2026. [<https://www.science.org/doi/10.1126/science.aed6802>].
Zugriffsdatum: 09.06.2026.

Romanello, Marina (2025): The 2025 report of the Lancet Countdown on health and climate change: climate change action offers a lifeline, in: The Lancet, Vol. 406, No. 10521, pp. 2804-2857.

Rustad, Sire Aas (2026): Conflict trends: A global overview, 1946-2025. PRIO Paper 2026. Oslo: Peace Institute Oslo (PRIO). [<https://cdn.cloud.prio.org/files/3596c585-bd85-466c-9f9f-bfaf6fac7b27/Conflict%20trends%20A%20global%20overview%201946-2025%20-%20PRIO%20Paper%202026.pdf?inline=true>]. Zugriffsdatum: 09.06.2026.

Sachverständigenrat für Integration und Migration (2023): Jahresgutachten 2023. Klimawandel und Migration: Was wir über den Zusammenhang wissen und welche Handlungsoptionen es gibt. 2023, Berlin 2023. [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Jahresgutachten_2023_barrierefrei.pdf] Zugriffsdatum: 20.03.2026.

Schaugg, Lukas, Jones, Natalie und Qi, Jeffrey (2025): Klarheit aus Den Haag: Das IGH-Klimagutachten und seine Folgen für Staaten, Investoren und das Völkerrecht, VerfBlog, 2025/8/08. [<https://verfassungsblog.de/klarheit-aus-den-haag/>]. Zugriffsdatum: 06.06.2026.

Schwikowski, Martina (2024): Human trafficking and trade – a growing threat for Africa, in: Deutsche Welle Africa, 30.07.2024. [https://www.dw.com/en/human-trafficking-and-trade-a-growing-threat-for-africa/a-69799652?utm_source=substack&utm_medium=email]. Zugriffsdatum: 12.03.2026.

SIPRI Yearbook 2026 (2026): Armaments, Disarmament and International Security. Oxford: Oxford University Press. [<https://www.sipri.org/yearbook/2026>]. Zugriffsdatum: 05.06.2026.

United Nations Assistance Mission in Afghanistan (2026): Afghanistan climate crisis deepens as communities scale up environmental action. [<https://unama.unmissions.org/en/news/afghanistan-climate-crisis-deepens-as-communities-scale-up-environmental-action>]. Zugriffsdatum: 09.06.2026.

UN Environment Programme (2025): Champions of the Earth. Pacific Island Students Fighting Climate Change - Policy Leadership. [<https://www.unep.org/championsofearth/laureates/2025/pacific-island-students-fighting-climate-change>]. Zugriffsdatum: 03.06.2026.

UNHCR (2025): Mid-Year Trends. Key displacement and solutions trends in the first half of 2025. 04 November 2025. [https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.unhcr.org/sites/default/files/2025-11/mid-year-trends-report-2025.pdf&ved=2ahUKEwjsjO-q2yoOVaxXqS_EDHVHAKqIQFnoECCYQAQ&usg=AOvVaw2c2hdEvg3ubovpC4kFFmO]. Zugriffsdatum: 04.04.2026.

UNHCR (2025a): UNHCR Guidance Note on Afghanistan - Update II. [<https://www.refworld.org/policy/countrypos/unhcr/2025/en/150460>]. Zugriffsdatum: 09.06.2026.

UNHCR (2025b): Briefing notes UNHCR urges Pakistan to exempt Afghans with international protection needs from involuntary return [<https://www.unhcr.org/news/briefing-notes/unhcr-urges-pakistan-exempt-afghans-international-protection-needs-involuntary>]. Zugriffsdatum: 08.06.2026.

UNHCR (2026): Global Trends. Forced Displacements in 2025. Copenhagen: UNHCR. [<https://www.unhcr.org/media/global-trends-2025-report>]. Zugriffsdatum: 11.06.2026.

UNHCR (o. J.): Afghanistan. Internally Displaced People. [<https://www.unhcr.org/af/about-unhcr/who-we-protect/internally-displaced-people>]. Zugriffsdatum: 10.06.2026.

UN MONUSCO (2026). 12 June 2026. [<https://monusco.unmissions.org/en>]. Zugriffsdatum: 12.06.2026.

US Congress (2025): United Nations Issues: U.S. Funding to the UN System. 19 December 2025. [<https://www.congress.gov/crs-product/IF10354>]. Zugriffsdatum: 03.03.2026.

Vinke, Kira et al. (2023): Climate and Environmental Security in the Democratic Republic of Congo. DGAP Report No. 33, April 4, 2023. [<https://dgap.org/en/research/publications/climate-and-environmental-security-democratic-republic-congo>]. Zugriffsdatum: 18.04.2026.

Walser, Charlotte (2026): Wie ICE versucht, unter dem Radar zu bleiben, in: Süddeutsche Zeitung, 27.05.2026. [<https://www.sueddeutsche.de/politik/usa-ice-abschiebungen-proteste-migrationspolitik-li.3489623>]. Zugriffsdatum: 30.05.2026.

WHO Africa Region (2026): EBOLA BUNDIBUGYO VIRUS DISEASE OUTBREAK. Democratic Republic of the Congo. Uganda Weekly External Situation Report 04, Data as of 07 June 2026. [<https://www.afro.who.int/countries/uganda/publication/ebola-bundibugyo-virus-disease-outbreak-democratic-republic-congo-0>]. Zugriffsdatum: 10.06.2026.

WMO (2026): State of the Global Climate 2025. Geneva: WMO. [<https://wmo.int/publication-series/state-of-global-climate/state-of-global-climate-2025>]. Zugriffsdatum: 27.05.2026.

WMO (2026a): Significant Weather & Climate Events 2025. Supplement to the WMO State of the Climate 2025 report. Geneva: WMO. [https://wmo.int/sites/default/files/2026-03/State_of_the_Global_Climate_2025_Extreme_Supplement.pdf]. Zugriffsdatum: 28.05.2026.

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) (2025): ZIF kompakt spezial: Erneute Gewalteskalation in Ostkongo. 5. Mai 2025. [<https://www.zif-berlin.org/veroeffentlichungen/zif-kompakt-spezial-erneute-gewalteskalation-ostkongo>]. Zugriffsdatum: 10.06.2026.

Quellen

- 1 Bedarff und Jakobeit 2025.
- 2 NRC 2025. Die Auswahl der zehn Länder in diesem Jahresbericht, der seit zehn Jahren erscheint, erfolgt nach den vier Kriterien mangelnde Aufmerksamkeit in den Medien im Globalen Norden, zu geringe Hilfe, fehlender politischer Wille zur Unterstützung und – erstmals in diesem Jahresbericht - Ausmaß der Vertreibungen.
- 3 WMO 2026.
- 4 WMO 2026, S. 27, sowie WMO 2026a.
- 5 Vgl. Hess 2026. Die Opferzahlen beziehen sich auf die sogenannte „Übersterblichkeit“, bei der die Todesfälle während einer Hitzewelle mit den durchschnittlichen Todesfällen in einem Zeitraum gleicher Länge verglichen werden, vgl. Germanwatch 2025. Romanello et al. 2025 verweisen darauf, dass die Anzahl hitzebedingter Todesfälle seit den 1990er Jahren weltweit um 23 Prozent auf über 500.000 gestiegen ist. Zu bedenken ist dabei, dass Hitzetote in Afrika nicht gesondert erfasst werden.
- 6 IDMC 2026.
- 7 Hill et al. 2026.
- 8 WMO 2026, S. 26.
- 9 IDMC 2026.
- 10 IDMC 2025.
- 11 UNHCR 2025, S. 19. 71 Prozent entfallen auf „low and middle-income countries“, 25 Prozent auf „Least developed countries.“
- 12 UNHCR 2026.
- 13 Ebenda.
- 14 Ebenda.
- 15 Das Bundesamt für Migration und Flucht gibt auf ihrer homepage den Hinweis mit Datum vom 30.04.2026, dass das Resettlementprogram derzeit ausgesetzt ist. <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/ResettlementRelocation/Resettlement/resettlement-node.html>
- 16 Schwikowski 2024.
- 17 OM – Missing Migrants Project 2026. Im Mittelmeer wurden 2025 2.185 Todesopfer gezählt, in Afrika 1.894.
- 18 Rustad 2026.
- 19 Mayroth 2026 sowie Bohnet (2026). Purvis und Razzouk (2026) verweisen auf weitere Länderbeispiele (u.a. Pakistan, Bangladesch, Kenia), betonen aber auch die positiven Effekte für die ökologische Transformation: **„Oil and gas price spikes are doing what decades of climate diplomacy struggled to achieve.“**
- 20 IOM 2026a.
- 21 UNHCR 2025a, S. 3.
- 22 NRC, Norwegian Rescue Council 2026.
- 23 Ebenda.
- 24 Ebenda.
- 25 IDMC o.J.
- 26 IOM Afghanistan 2026.

- 27 UNHCR 2025b.
- 28 UNHCR 2025a, p. 20.
- 29 IOM UN Migration 2025, p. 18.
- 30 Globalwaterstorage 2025 und NUPI /SIPRI 2026
- 31 Zitiert nach United Nations Assistance Mission in Afghanistan 2026
- 32 Kabulnow 2026.
- 33 IOM UN Migration 2025
- 34 Becatoros 2026.
- 35 Norwegian Refugee Council 2026. Der Genozid von 1994 im benachbarten Ruanda steht am Beginn der Gewalteskalation der letzten Phase, doch bereits in den drei Jahrzehnten davor etablierte die Diktatur von Mobutu Sese Seko in Fortführung der vorherigen Kolonialherrschaft durch Belgien mit systematischer Ausplünderung der reichen Ressourcen und blutiger Repression der Bevölkerung eine Form der Gewaltherrschaft, die das Land bis heute prägt.
- 36 UN MONUSCO 2026.
- 37 Zentrum für internationale Friedensdienste 2025.
- 38 Vinke 2023.
- 39 IDMC 2026a.
- 40 IDMC 2025 und IDMC 2026.
- 41 WHO Africa Region 2026. Es handelt sich um den 17. Ausbruch seit 1976.
- 42 Misteli 2026.
- 43 Mandavilli 2025.
- 44 Roberts 2026.
- 45 Rohner 2026.
- 46 Climate Trace 2026.
- 47 Nach IWF-Angaben beliefen sich 2024 die direkten globalen Subventionen für fossile Energieträger auf rund 730 Mrd. US-Dollar. Vgl. IMF 2026. Werden auch die indirekten Subventionen einbezogen, erhöht sich der Betrag auf 7,43 Bio. US-Dollar.
- 48 Banking on Climate Chaos 2026.
- 49 SIPRI 2026.
- 50 OECD (2026): Die Angaben beziehen sich nur auf die 33 Mitglieder des Development Assistance Committee (DAC) in der OECD, nicht auf die immer wichtiger werdenden „neuen Geber“ wie China, die Türkei – sie ist zwar Mitglied der OECD, aber nicht des DAC –, sowie Russland, Indien und die erdölreichen Staaten in Nordafrika und im Mittleren Osten. Für die EZ-Aufwendungen der neuen Geber gibt es – anders als bei den Mitgliedern des DAC – keine konsistente Datengrundlage. Auch das vielfältige Engagement großer Stiftungen im Bereich der EZ wird von diesen Zahlen nicht erfasst.
- 51 Friedensgutachten 2026, S. 73.
- 52 US Congress 2025. Lichtenstein ist neben den USA das einzige Mitglied der UN, das nicht der WHO angehört.
- 53 Walser 2026.
- 54 Rausch 2026.
- 55 UNHCR (2025), S. 28.
- 56 Ibidem.
- 57 Balser und Henzler 2026.
- 58 Sachverständigenrat für Integration und Migration 2023, S. 115-120.